

Offene Fragen zum Ostfeldprojekt

Zur Ostfeld-Bebauung sind zu viele Fragen noch nicht beantwortet, als dass die AfD-Fraktion diesem Großprojekt schon jetzt zustimmen könnte.

US-Militär und Bundeswehr haben grundsätzliche Bedenken angemeldet, weil unter den An- und Abflugrouten des Militärflughafens nicht gebaut werden darf. Es ist deshalb unklar, wieviel Wohnbebauung tatsächlich realisiert werden kann.

Ohne die Citybahn kein Ostfeld und ohne Ostfeld keine Citybahn, wird argumentiert. Aber stimmt das wirklich oder wird hier nur ein weiterer Sachzwang konstruiert?

Die geplante Deklaration des Gebietes zur „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ nach §165 BauGB würde zudem die freie Preisfindung aushebeln und bedeutet für die jetzigen Landbesitzer einen Eingriff mit Enteignungscharakter. Die SEG könnte das Land zum Spottpreis kaufen und müsste möglichst teuer an Investoren weiterverkaufen, um die Erschließungskosten finanzieren zu können. Was das für den Baupreis und erschwingliche Mieten bedeutet, kann man sich ausmalen.

Überhaupt zweifelt die AfD an der Sinnhaftigkeit, unser wirtschaftliches und soziales Leben immer weiter in Ballungsräumen zu verdichten. Wäre es nicht besser, stattdessen den ländlichen Raum und die Mittelzentren zu stärken?

Das Ostfeld wird allein schon wegen der vielen Jahre bis zur Realisierung nicht zu einer Lösung der aktuellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt beitragen.

Wie lange wird die Fertigstellung des ganzen Stadtteils wohl tatsächlich dauern in Zeiten, in denen aufgrund fehlender Kapazitäten bei der Abarbeitung nicht einmal die bewilligten Gelder für die Sanierung von Schulen ausgegeben werden können?

Die AfD-Rathausfraktion plädiert deshalb für ein langsames, organisches Wachstum und den Verzicht auf das unfaire Instrument der „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“, das der Allgemeinheit nicht nützt aber eine neue Spielwiese für Unter-der-Hand-Geschäfte im Wiesbadener Filz eröffnet.



Ralf Offermanns
Fachpolitischer Sprecher

Unsere Politische Arbeit

Wenn Sie mehr über unsere politische Arbeit wissen möchten, dann schauen Sie doch mal auf unsere Homepage www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de. Dort finden Sie unter dem Menüpunkt „Parlamentarische Arbeit“ alle von uns bisher eingebrachten Anträge und Anfragen im Wortlaut.

Bürgerabende der Fraktion

Mehrmals im Jahr laden wir zu Bürgerabenden in unsere Fraktionsräume im Rathaus ein, meist an einem Donnerstag ab 18:30 Uhr. Der Eintritt ist frei, man sollte sich wegen der begrenzten Platzanzahl aber anmelden.

Lassen Sie sich von hochkarätigen Referenten in spannende Themen mit kommunalpolitischem Bezug einführen und diskutieren Sie anschließend mit uns.

Den Termin des nächsten Bürgerabends und das Thema finden Sie auf unserer Homepage, sobald er feststeht.

Zuschauertribüne Stadtparlament

Wussten Sie, dass die Stadtverordnetenversammlung öffentlich tagt?

Kommen Sie doch einfach mal auf die Zuschauertribüne und verfolgen Sie eine der Sitzungen live. Sie finden die Ankündigung der nächsten Sitzung entweder online im Parlamentarischen Informationssystem der Stadt Wiesbaden unter www.piwi.wiesbaden.de/aktuelles oder auf unserer Homepage www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de. Die Stadtverordnetenversammlung tagt an acht Donnerstagen im Jahr jeweils von 16 bis 23 Uhr.

Impressum

Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden

Schloßplatz 6

65183 Wiesbaden

Telefon: 0611-31-2883

E-Mail: afd@wiesbaden.de

www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de

Herausgeber:

AFD Rathausfraktion Wiesbaden

V.i.S.d.P.: Dr. Eckhard Müller

Redaktion: Anja Philipp

Auflage: 100.000

Alternative

RATHAUSFRAKTION
Wiesbaden

für
Deutschland

Bericht aus dem Rathaus

✓ Entwicklung des Ostfelds

✓ Korruptionsbekämpfung

✓ Citybahn - Entscheidung

✓ Taser für die Stadtpolizei

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

mit unserer zweiten Fraktionszeitung in dieser Legislaturperiode wollen wir Ihnen wieder einige Einblicke in unsere Arbeit im Stadtparlament geben.

Fast jeder 7te Wiesbadener Wähler hatte uns 2016 gewählt und wir geben seitdem den Hoffnungen dieser Wiesbadener Bürger auf eine vernünftige und sachorientierte bürgerlich-konservative Politik in der Stadtverordnetenversammlung eine Stimme.

Wir setzen aus der Opposition heraus gezielt Themen und hinterfragen die Politik der Regierungskooperation, wo es nötig ist. Dabei gelingt es uns immer öfter, mit gut begründeten Anträgen, Anfragen und Pressemitteilungen, politische Entscheidungen im Sinne konservativer Politik zu beeinflussen.

Neben vielen anderen Themenfeldern hielten uns in diesem Jahr besonders die Vorgänge in Atem, die unserer Stadt den unrühmlichen, aber nicht ganz unverdienten Namen "Filzbaden" einbrachten.

Als der AfD-Stadtverordnete Robert Lambrou 2016 zum Vorsitzenden des Revisionsausschuss gewählt wurde, ahnte wohl niemand, dass ausgerechnet dieser Ausschuss zum zentralen Forum bei der Aufklärung des Wiesbadener Parteien-Filzes werden würde. Die hervorragende Arbeit des Ausschussvorsitzenden wird inzwischen auch in Pressebeiträgen gewürdigt.

Ein weiteres zentrales Anliegen der AfD ist die Verbesserung der inneren Sicherheit in der Stadt. Wir sind weiterhin überzeugt, dass die Ausstattung der Stadtpolizei mit Tasern notwendig ist, damit die Polizisten ihren Dienst angesichts wachsender Herausforderungen zum Schutz der Bürger und ihrem eigenen Schutz erfolgreich durchführen können.

Auch die Citybahn bleibt ein überaus kontrovers diskutiertes Thema, bei dem sich die AfD dafür eingesetzt hat, die Entscheidung in die Hände der Bürger zu legen.

Diese und weitere Beispiele aus unserer Arbeit finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Mit Ihrer Unterstützung werden wir uns bei unserer Arbeit im Stadtparlament im wohlverstandenen Interesse der Bürger konsequent für eine weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse in Wiesbaden einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender



AfD-Rathausfraktion fordert eine wirklich unabhängige Antikorruptionsstelle

Eine wirksame Korruptionsbekämpfung setzt voraus, dass die dafür zuständigen Personen und Stellen uneingeschränkt und weisungsunabhängig über ihre Erkenntnisse berichten können. Hier sieht die AfD für Wiesbaden dringenden Handlungsbedarf. Die zurzeit gültige Arbeitsgrundlage der Antikorruptionsbeauftragten fußt auf einer Verfügung aus dem Jahr 2007, der zufolge u.a. der Antikorruptionsbeauftragte zwar eine Informationspflicht gegenüber bestimmten Instanzen hat, diese Pflicht ist jedoch eingeschränkt, denn der Oberbürgermeister entscheidet über die Weitergabe der Information an den Revisionsausschuss.

Die AfD-Rathausfraktion beantragte deshalb im Juni 2019, diese Schwächung des kommunalen „Immunsystems“ zu korrigieren und das bisher nur mit einer Teilzeitkraft ausgestattete Aufgabengebiet zu einer echten Antikorruptionsstelle mit mehr Personal aufzustocken. Der Antrag wurde mit Änderungen angenommen.



Robert Lambrou
Stadtverordneter

Citybahn – ein Fall für direkte Demokratie

Mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild gehört seit der Gründung im Jahr 2013 zu den Kernanliegen der AfD. Wo immer es möglich ist, sollten die Bürger selbst entscheiden, ob sie etwas wollen oder nicht, und das Thema „Citybahn“ ist dafür geradezu prädestiniert.

Um sicherzustellen, dass die Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2019 zumindest über ein Vertreterbegehren einen Bürgerentscheid zur Citybahn hätte einleiten können, hatte die AfD-Rathausfraktion Wiesbaden deshalb einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir hätten es gerne gesehen, wenn die Bürger noch in 2019 mit einer einfachen, nicht manipulativen Fragestellung über die Citybahn hätten entscheiden dürfen.

In einer beispiellosen Inszenierung haben die Abgeordneten fast aller etablierten Parteien, entgegen ihrer vorherigen Beteuerungen, gegen eine zeitnahe Bürgerbefragung votiert, um Zeit zu gewinnen und den Bürgerwillen noch weiter beeinflussen zu können. Damit verstreicht ein weiteres Jahr, in dem fraglich bleibt, welchen Rückhalt das Großprojekt bei der Stadtbevölkerung eigentlich genießt.



Denis Seidenreich
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Kein Verzicht auf Schweinefleisch in Schulkantinen

Die Islamisierung unseres Alltags schreitet voran. Burka und Niqab sind im Straßenbild keine Ausnahme mehr, in mancher deutschen Gemeinde ruft bereits der Muezzin vom Minarett und auch vor den Schulkantinen macht der Wandel keinen Halt.

Seit ein paar Jahren wird in kaum einer Schule der Landeshauptstadt noch Schweinefleisch angeboten, obwohl die Schüler in den meisten Fällen auf ein anderes Gericht ausweichen könnten und der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Wiesbaden 2017 mit rund 13 Prozent weit entfernt von einer prägenden Mehrheit lag.

Die AfD-Fraktion stellte deshalb im März 2018 den Antrag, der Magistrat möge prüfen, ob und wie in Schulkantinen wieder regelmäßiges Schweinefleisch angeboten werden kann.

Zu unserer traditionsreichen heimischen Küche und Esskultur gehört Schweinefleisch ganz selbstverständlich dazu. Wir sollten unsere kulturellen Traditionen selbstbewusst schätzen und pflegen. Obwohl es um eine Selbstverständlichkeit ging, sorgte unser Antrag im Stadtparlament für eine aufgeregte Debatte, die einmal mehr zeigte, wie schwer sich die etablierte Politik mit Tabu-Themen tut, für die die Bürger aber zurecht Lösungen einfordern.



Dr. Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter



Besserer Eigenschutz für die Stadtpolizei

Die unverantwortliche Grenzöffnung und Migrationspolitik der Bundesregierung hat Fakten geschaffen, deren negative Folgen sich jetzt in vielen deutschen Städten und auch in der Wiesbadener Innenstadt zeigen. Anstatt unsere Außengrenzen wirksam zu schützen, werden Grenzen in Form von Betonpollern um unsere Märkte und Volksfeste gezogen und Waffenverbotszonen eingerichtet. Es ist immer öfter auch die Stadtpolizei, die sich mit nächtlichen Messerattacken, Schlägereien und sexuellen Übergriffen befassen muss. Bei ihrem täglichen Dienst sind die Ordnungshüter mit spontaner Gewalt konfrontiert, werden häufiger bespuckt, beleidigt, bedroht oder mit Gegenständen attackiert.

Umso wichtiger ist es, die Sicherheit und den Eigenschutz der Stadtpolizei zu verbessern und sie entsprechend auszurüsten. Die AfD fordert deshalb seit Juni 2018, die Stadtpolizei mit Distanz-Elektroimpulsgeräten, sogenannten Tasern, auszurüsten.



Michael Obergfell
Stellv. Fraktionsvorsitzender

